

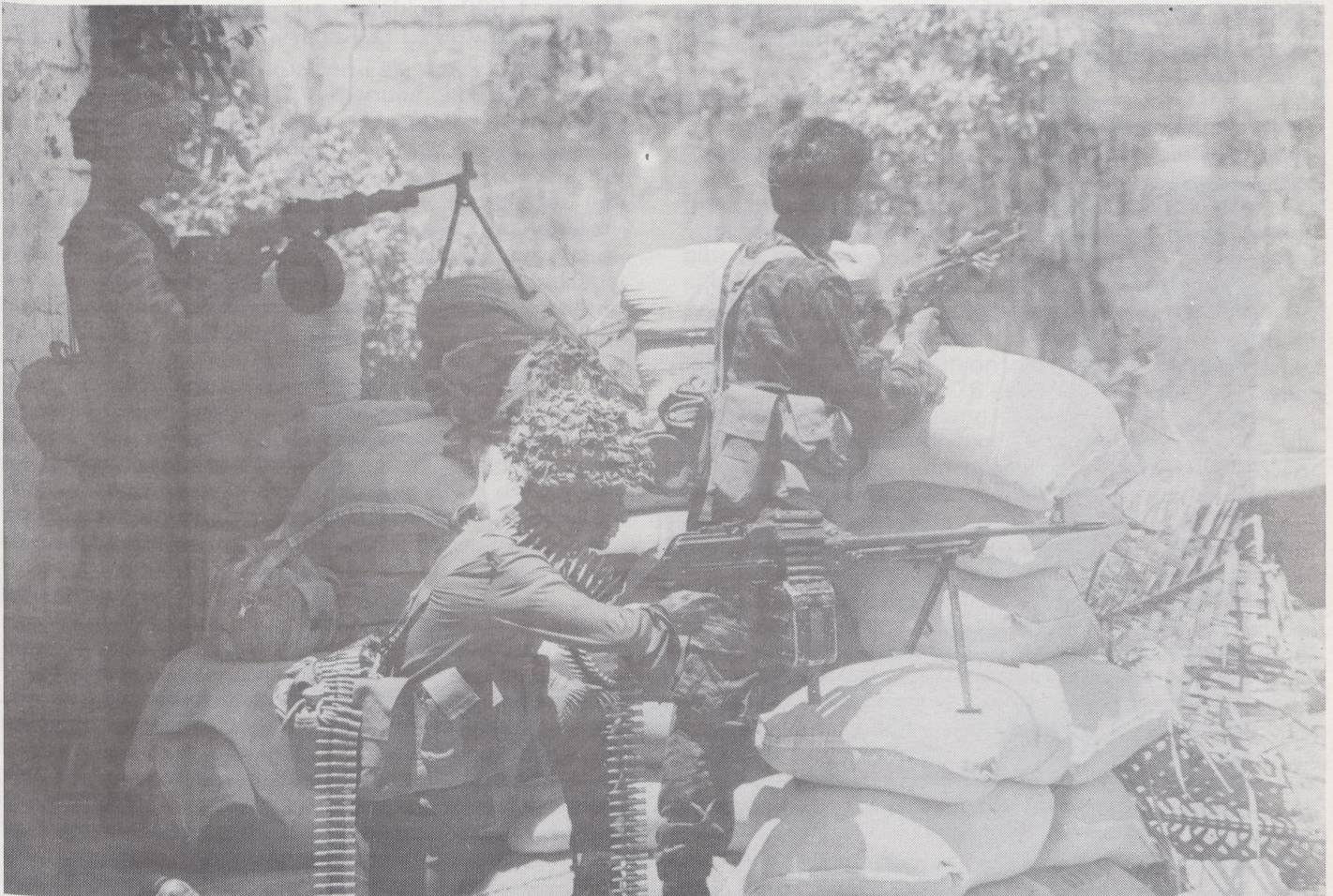
Quo Vadis Sri Lanka?

von Walter Keller

Gut zwei Jahre sind vergangen, seit die 'Peoples Alliance' (PA)-Regierung von Präsidentin Chandrika Kumaratunga die Macht in Sri Lanka übernommen hat. Was anfangs vielversprechend begann, hat sich zur schlimmsten Krise des Staates seit seiner Unabhängigkeit vor 48 Jahren entwickelt. Die mit einem bisher nie dagewesenen Vertrauensbonus ausgestattete Regierung steht vor einem Scherbenhaufen, die Frustration in der Bevölkerung wächst. Dem Land droht der politische und wirtschaftliche Kollaps, der durch das abermalige Aufflackern des Bürgerkrieges mit seinen uneinsichtigen Streitparteien hervorgerufen wird.

Zu Beginn ihrer Amtszeit hatte die Präsidentin vor allem drei weitreichende Versprechungen gemacht, die bisher nicht eingehalten werden konnten: 1. Die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze: Doch der Regierung geht das Geld aus. Milliarden werden für den Krieg verschwendet. Und da geht es nicht nur um den kürzlich abermals gestiegenen Verteidigungsetat (1,3 Milliarden Mark), mit dem die etwa 150.000 Soldaten und para-militärischen Kräfte sowie die immer teurer werdende militärische Ausrüstung finanziert wird. Zu diesen Ausga-

ben kommen die Folgekosten des Krieges, die nur geschätzt werden können: Da ist zum einen die Situation, daß etwa ein Drittel des Staatsgebietes im Norden und Osten bereits seit Jahren kaum mehr etwas zum Bruttosozialprodukt besteuert. Da sind andererseits die gewaltigen Kriegsschäden im Bereich der Infrastruktur, es sind die Kompensationszahlungen, die Kosten für die Unterstützung mehrerer hunderttausend Flüchtlinge die vom Staat aufgebracht werden müssen (etwa eintausend haben sich während der letzten Wochen auch wieder auf den Weg nach Indien gemacht). Nicht zuletzt haben auch die rückläufigen ausländischen Investitionen und der schwere Einbruch bei den Touristenankünften - über 30 Prozent Rückgang während der ersten sechs Monate dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum - etwas mit dem Bürgerkrieg zu tun. Noch holt sich die Regierung von jedem Bürger, ob er nun den Krieg unterstützt oder nicht, einen Teil der benötigten Gelder durch direkte und indirekte Kriegssteuern zurück. Dadurch sinken die Realeinkommen bei gleichzeitiger Steigerung der Lebenshaltungskosten. Wäre da nicht die vom Ausland alljährlich ins Land fließende 'Entwicklungshilfe' in Höhe von etwa einer Milliarde US-Dollar, sähe die Lage noch düsterer aus. Verstärkt wird die wirt-



Regierungsgruppen in Jaffna (Foto: Information Department, Colombo)

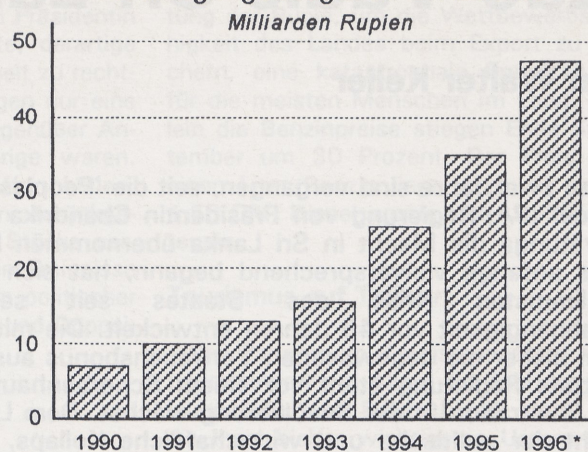
schaftliche Not vieler Bürger durch die Auswirkungen der bedingungslosen Übernahme des verordneten Reformpakets der Weltbank mit den üblichen Strukturpassungsprogrammen, z.B. der Fortsetzung der Reprivatisierungspolitik bisher staatlicher Unternehmen und der daraus resultierenden Freisetzung von Arbeitskräften.

2. Etablierung einer verantwortungsbewußten und kontrollierbaren Regierung, die sich für die Pressefreiheit einsetzt: Auch hier läßt das Vorgehen der Regierung viel zu wünschen übrig, denn schon kurz nach der Machtübernahme hat die Regierung versucht, den gesamten Informationsfluß zu kontrollieren, die freie Berichterstattung der Medien zu beeinträchtigen und ihnen durch eine auferlegte Pressezensur einen Maulkorb zu verpassen. Man ist offensichtlich nicht gewillt, andere Meinungen zuzulassen. Schlägertrupps üben Gewalt gegen unliebsame Journalisten aus, die Präsidentin geht sogar so weit, bei ihren öffentlichen Ansprachen Drohungen gegen Medien und Journalisten auszusprechen. Erst kürzlich hat sie mit der Schließung einiger Verlage gedroht.

Die Zensur betrifft nicht nur die Berichterstattung über militärische Ereignisse sondern auch viele andere Bereiche. So übte die Regierung beim jüngsten Streik der Beschäftigten der zu privatisierenden Elektrizitätsversorgungsbehörde Druck auf die Medien aus, um ausschließlich den Standpunkt der Regierung in dieser Frage verbreiten zu lassen.

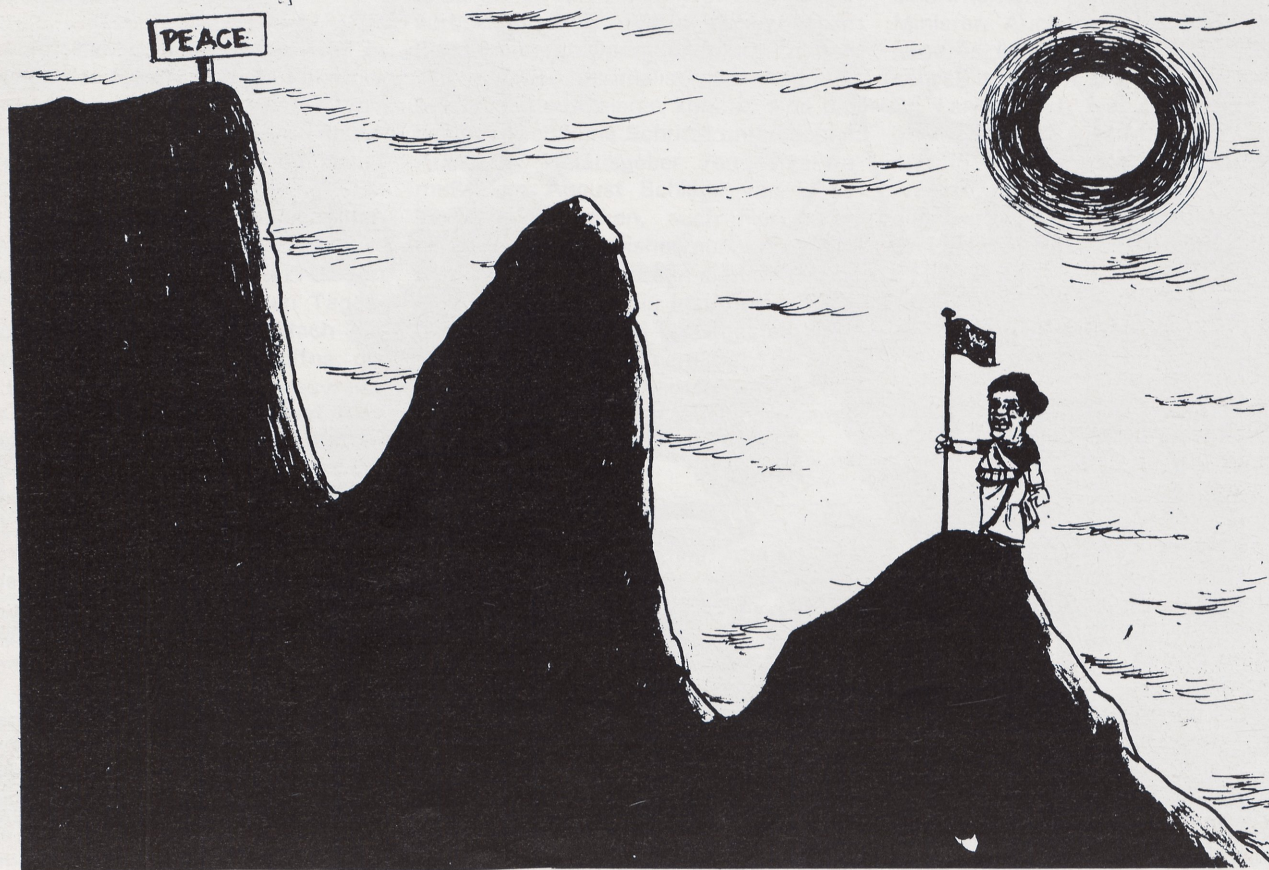
Auch wird der Bevölkerung meist die Wahrheit über den Krieg, seine Folgen und die wirtschaftlichen Auswirkungen vorenthalten. Während man in Regierungsverlautbarungen immer wieder zu hören bekam, die LTTE sei von den heldenhaften sinhalaischen Soldaten so gut wie besiegt worden und es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis man die tamilische Gue-

Verteidigungsausgaben Sri Lankas



Quelle: Central Bank of Sri Lanka, Annual Report, 1995.
(1996 * = NPC-Schätzung).

rilla ganz ausgemerzt habe (derzeit will man sich dafür bis Ende 1997 Zeit nehmen), werden die militärischen 'Erfolge' der LTTE heruntergespielt. Dies zeigen die Kämpfe um das Armeelager in Mullaitivu im Nordosten des Landes, die nach Aussagen des stellvertretenden Verteidigungsministers Ratwatte "verkräftbar und kein großer Rückschlag" seien. Hingegen war es die bisher schwerste militärische Niederlage, die Regierung und Militär einstecken mußten. Immer noch ist nicht genau bekannt, wie viele Regierungssoldaten dabei durch anstürmende LTTE-Kämpferinnen und Kämpfer ums Leben kamen. Schätzungen gehen von bis zu 1.500 Soldaten aus (hinzu kommen schätzungsweise 700 LTTE-Kader), die gefallen sein sollen,



So sieht die Zeitung 'The Island', Colombo, den Friedensprozeß

deren Familienangehörige aber nach wie vor über die Ausmaße der Kämpfe und den möglichen Verlust eines Angehörigen im Dunkeln gelassen werden.

3. Die wichtigste Zusage, die von der Regierung gemacht wurde, war das Versprechen, für Frieden und Demokratie im Land zu arbeiten. Man kritisierte zurecht die Art und Weise, wie die Vorgängerregierung, die von der 'United National Party' (UNP) gestellt wurde, mit dem Krieg und der Tamilenfrage umgegangen sei. Man wies auf die immensen Opfer und die weitreichenden Zerstörungen hin, die der Krieg gefordert hatte und versprach eine Verhandlungslösung.

Aber auch hier ist die Regierung bisher gescheitert. Ihre Gespräche mit den 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) waren von Anfang an eher auf Sensationsschere ausgelegt, ohne daß eine klare Strategie und eine Agenda zu erkennen gewesen wären. Die Verhandlungen endeten im April 1995 in derselben sensationellen Weise, wie sie einige Monate zuvor aufgenommen wurden: Die LTTE brach die Gespräche einseitig unter Vorwürfen ab, die Regierung sei nicht aufrichtig, sie nehme die LTTE nicht ernst und versuche, den Verhandlungsprozeß hinauszuzögern. Auf die Wiederaufnahme militärischer Aktionen der LTTE reagierte die Regierung überstürzt. Anstatt sich erst einmal militärisch zurückzuhalten und zu versuchen, den Gesprächsprozeß wieder in Gang zu bringen, vor allem aber der tamilischen Bevölkerung Vertrauen einzuflößen, reagierte sie mit einer brutalen militärischen Aktion auf die Siedlungsgebiete der tamilischen Bevölkerung. So hat die sogenannte 'Operation Riviresa' (Ende 1995), bei der die Halbinsel Jaffna größtenteils von Regierungsstreitkräften eingenommen wurde, zu immensm Leid geführt.

Aufgrund der Erfahrung mit der LTTE hätte die Regierung von Anfang an für den Fall, daß sich die tamilische Guerilla aus dem Verhandlungsprozeß wieder zurückziehen würde, einen konkreten Plan haben müssen. Aber eine Strategie, wie man die tamilischen Bürgerinnen und Bürger in einer solchen Situation für sich gewinnen könnte, lag nicht vor. Stattdessen gab die Regierung dem Druck sinhalesisch-nationalistischer Kräfte und des Militärs nach und begann mit einer militärischen Offensive, die, nach Regierungsaussagen, nur die LTTE treffen sollte. Die Hauptleidtragenden waren jedoch einmal mehr Zivilisten. Eine solche Vorgehensweise läßt vermuten, daß es auch innerhalb der Regierung Kumaratunga Kräfte gibt, deren Politik weiterhin von anti-tamilischen Gefühlen bestimmt wird. Dies hat dazu geführt, daß die LTTE wieder an Zulauf gewann, weil Tamilen in einer Unterstützung der Guerilla einmal mehr die einzige Möglichkeit sahen, dem Ansturm des Militärs noch etwas entgegenzusetzen.

War for Peace

Der wohl entscheidende Fehler der Kumaratunga-Administration war es, erst mehrere Monate nach dem Beginn neuer militärischer Auseinandersetzungen ihre Vorstellungen von einer politischen Lösung des Konflikts zu veröffentlichen. Es hätte zahlreiche Gelegenheiten gegeben, dies schon früher zu tun. Die Vorschläge, die unter der Bezeichnung 'Devolution Proposal' bekannt wurden, stießen so gerade bei Tamilen von Beginn an auf große Skepsis. Zum einen, weil sie quasi inmitten der Kämpfe um die Einnahme der Jaffna-Halbinsel veröffentlicht wurden, zum an-



Die Massaker der LTTE an unschuldigen Zivilisten tragen nicht zur Konfliktlösung bei (Foto: 'Yukthiya', Colombo)

deren, weil die Inhalte des Lösungspakets bis heute nicht in einer Art und Weise präsentiert wurden, die gerade der tamilischen Bevölkerung hätten Vertrauen einflößen und zeigen können, daß die Regierung aufrichtig an einer Lösung ihrer Probleme interessiert ist. So hat das 'Paket' den faden Beigeschmack eines strategischen Werkzeugs, um vor allem die internationale Staatengemeinschaft vom guten Willen der Regierung Kumaratunga zu überzeugen.

Bei näherer Betrachtung der Regierungsvorschläge gibt es darin eine ganze Reihe von sehr positiven Ansätzen. So sehen sie als einen der wichtigsten Punkte vor, den Artikel 2 der derzeitigen Verfassung 'Sri Lanka shall be called as a unitary republic...', durch 'Sri Lanka shall be a union of regions...' zu ersetzen. Außerdem soll Artikel 76 der alten Verfassung wegfallen, der eine Aufteilung der Macht (auf die Provinzen) verbietet und nur das Parlament in Colombo als oberste souveräne und gesetzgebende Institution anerkennt. Dieser Verfassungspassus hat es bisher ermöglicht, daß der Wille der Bevölkerungsmehrheit gegen die -minderheit durchgesetzt werden konnte. In diesem Zusammenhang kann man die Regierungsvorschläge eigentlich nur begrüßen. Obwohl man nicht offen von einem föderativen System spricht, implizieren die Vorschläge de facto ein solches Staatengebilde.

Verwässerung der Vorschläge

Im Januar diesen Jahres wurde dann aus den Vorschlägen ein Gesetzentwurf, der dem 'Parliamentary Select Committee' zur Diskussion vorgelegt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Militär bereits seinen sogenannten Sieg in Jaffna davongetragen, der in der Einnahme weiter Teile der Halbinsel, dem Kernland

der LTTE, resultierte. Dieser 'Sieg' der Regierungstruppen gegen die LTTE spiegelt sich in einem verwässerten Gesetzentwurf im Vergleich zu den ersten Vorschlägen der Regierung vom August 1995 wider. So wurde im Gesetzesentwurf im Gegensatz zu den Augustvorschlägen zum Beispiel auf einmal dem Buddhismus ein exponierter Platz eingeräumt, und dieser Passus zählt zu den sogenannten 'entrenched provisions', d.h. sie könnten zukünftig noch nicht einmal im Parlament durch eine zwei Drittel Mehrheit wieder aufgehoben werden, sondern bedürften eines Referendums. Sri Lanka muß jedoch ein säkularer Staat sein - den Buddhisten und dem buddhistischen Klerus eine außergewöhnliche Stellung qua Verfassung zuzuschreiben, ist nicht geeignet, den Volksgruppenkonflikt zu lösen.

Hinzu kommt, daß die Regierung bisher wenig getan hat, um für ihre Vorschläge in der Öffentlichkeit zu werben, während andererseits alle Anstrengungen unternommen wurden, um Verständnis für den Krieg zu finden, der riesige Finanzmittel verschlingt. Aber dieser Krieg wird keine Sieger haben. Vielmehr ist es schon während der vergangenen 15 Jahre militärischer Auseinandersetzungen so gewesen, daß mal die eine und dann wieder die andere Konfliktpartei einen Sieg davontrug. Im Moment steht die LTTE als Guerillagruppe, die ihre Stärke aus einer extremen Motivation ihrer Kader zieht, den Regierungstreitkräften gegenüber, die ihre Kraft aus den immer besser werdenden und technisch hochstehenden Waffensystemen zieht, die in jüngster Zeit erworben wurden. Dadurch ist man in der Lage, große Zerstörungen auch im zivilen Bereich anzurichten. Was derzeit beobachtet werden kann, ist ein militärischer Konflikt zwischen zwei extrem brutal auftretenden Konfliktparteien, die sich über die Konsequenzen für die Zivilbevölkerung offensichtlich kaum Gedanken machen.

Verhältnis zur Opposition

Daß es die Regierung möglicherweise gar nicht so ernst mit ihren Lösungsvorschlägen für ein Ende des Volksgruppenkonfliktes meint, zeigt sich in der Art und Weise, wie sie die Opposition behandelt. Für eine Akzeptanz ihres mittlerweile eingebrachten Gesetzesentwurfs durch das Parlament - hier ist eine zwei Drittel Mehrheit notwendig - ist es bei den äußerst

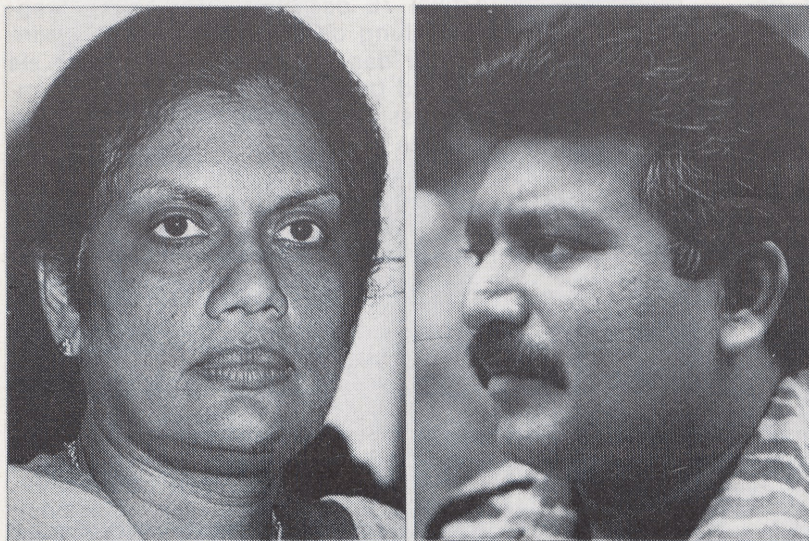
knappen Mehrheitsverhältnissen notwendig, die Unterstützung durch die größte Oppositionspartei, die UNP, zu gewinnen. Aber bisher hat die Regierung nichts unternommen, um diese Unterstützung zu erhalten. Ganz im Gegenteil: Es vergeht kein Tag, an dem die UNP und zahlreiche exponierte Politiker dieser Partei nicht massiv kritisiert, beschuldigt oder bedroht werden. Diese sehr ungeschickte Politik hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß sich die UNP bereits gegen die Annahme des von der Regierung vorgelegten Lösungsvorschlags ausgesprochen hat. Dies nährt Vermutungen, daß die Regierung gar nicht an einer Umsetzung ihrer Lösungsvorschläge interessiert ist und nur ein Opfer - auch gegenüber dem Ausland - in Gestalt der UNP sucht, dem der 'schwarze Peter' zugeschoben werden kann, sollte das 'Devolution Proposal' wieder in den Schubladen verschwinden. Ein ähnliches Schicksal hatten schon viele Gesetzentwürfe in den Jahren 1957, 1965 und 1987, die eine Lösung des Volksgruppenkonfliktes zum Ziel hatten.

Vorgehensweise der LTTE

Natürlich hat es die Regierung relativ leicht, den ihrer Meinung nach Hauptschuldigen für die derzeitige Misere zu präsentieren: Die LTTE, die wegen der Brutalität, mit der sie vorgeht, eine Lösung verhindert. Ihre terroristischen Gewalttaten, wie die Bombenanschläge auf die Zentralbank im Januar und auf einen Personenzug im Juli oder die regelmäßigen Massaker an sinhalesischen und muslimischen Siedlern im von der LTTE reklamierten Osten der Insel, machen es der Regierung nicht schwer, die internationale Staatengemeinschaft von der Alleinschuld der LTTE an der Misere zu überzeugen und so zusätzliche (militärische) Unterstützung zu erhalten. Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist hier das Stichwort.

Friedenslösung von außen

Wie geht es nun weiter in Sri Lanka? Immer dann, wenn die Regierung einen vorübergehenden militärischen Sieg davonträgt, wird dies vom Militär und von sinhalesischen Nationalisten als mögliche militärische Niederlage der LTTE bewertet. Dies führt dazu, daß die politischen Entscheidungsträger, die einer militärischen Lösung das Wort reden, die Politik dominieren. Wenn immer die LTTE einen Sieg davonträgt - wie jetzt wieder im Falle Mullaitivu - erhält die LTTE Oberwasser und glaubt, sie stehe vor dem entscheidenden militärischen Schlag. Dies erstickt derzeit auch jede Forderung von bestimmten Gruppen im Keim, die nur noch in einer ausländischen Vermittlung eine Möglichkeit sehen, aus dem Fiasko herauszukommen. Wenn immer Friedensaktivisten die Regierung zu neuen Friedensverhandlungen zu einem Zeitpunkt aufrufen, an dem die LTTE gerade eine militärische Niederlage hat einstecken müssen, dann heißt es von seiten der Regierung und sinhalesisch-nationalistischer Gruppen, sie führten nichts anderes im Schilde, als durch Forderungen nach Aufnahme von Friedensgesprächen eine totale Niederlage der LTTE zu vermeiden. In einer Situation, in der die LTTE einen Sieg davongetragen hat weist die Regierung solche Forderungen zurück, weil die Aufnahme von



Wer könnte zwischen den Hauptprotagonisten des Krieges vermitteln? (Fotos: 'Frontline')

Verhandlungen zu einem solchen Zeitpunkt als negativ für die Regierung angesehen und gleichgesetzt wird mit ihrer Demütigung und einem Gesichtverlust.

Nichts wäre derzeit jedoch notwendiger, Regierung, UNP und LTTE als die drei entscheidenden Parteien im Konflikt anzuerkennen und zusammenzubringen. Nur sie können letztendlich eine Lösung herbeiführen. Dies bedeutet nicht, daß die anderen Parteien - auch die zahlreichen tamilischen anti-LTTE Parteien - nicht bedeutend wären. Aber es sind die drei erstgenannten, die im Zusammenhang mit einer Lösung entscheidend sind. Wie können diese drei Kräfte zusammengebracht werden? In Sri Lanka gibt es momentan keine Initiative, die dies schaffen könnte. Die Präsidentin hat bisher die Auffassung vertreten, man brauche keine internationale Vermittlung, weil man selber die Fähigkeit habe, mit der Situation zurechtzukommen. Wenn man die amateurhaft geführten Verhandlungen

mit der LTTE zwischen Ende 1994 und Anfang 1995 zum Maßstab nimmt, muß dies jedoch bezweifelt werden. In einem Interview mit der in Madras erscheinenden Zeitschrift 'Frontline' vom 4. Oktober hat die Präsidentin ihren bisherigen Standpunkt relativiert und sich unter bestimmten Bedingungen zu einer internationalen Vermittlung bereiterklärt.

Aber die Art und Weise, wie die UNP derzeit von der Regierung Kumaratunga behandelt wird und die weitere militärische Konfrontation mit der LTTE, mehr nicht gerade die Aussichten, daß diese drei Gruppierungen in absehbarer Zeit zusammenkommen könnten. Die UNP will möglicherweise der Regierung nicht zu einem Triumph verhelfen, indem sie mit ihr an einem Strang zieht. Die LTTE wird sich nicht nach vorne bewegen und ihren Kampf ohne substantielle Erfolge aufgeben - erst recht nicht ihre Waffen als Vorbedingung für Gespräche niederlegen.

Interview:

"Internationale Vermittlung ist notwendig"

S. Balakrishnan ist Sekretär der bekanntesten Menschenrechtsorganisation, dem 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE). Seit Jahren kämpft die Organisation für ein Ende des Krieges und einen föderativen Staat Sri Lanka. Mit Balakrishnan sprach Walter Keller in Colombo. Auszüge:

Wer könnte denn im Konflikt vermitteln? Welche Politik betreibt Indien derzeit?

Man muß sicherlich die regionalen Fakten zur Kenntnis nehmen. Und deshalb muß Indien in einen Friedensprozeß mit einbezogen werden, ob man dies will oder nicht. Sollte aber nur Indien aktiv werden, so ist dies sicherlich nicht gut, es würde alles vermutlich noch zuspitzen und chaotisieren. Es gibt nach wie vor bei vielen Sinhalesen große anti-indische Gefühle und auch die LTTE hat immer Zweifel gehegt bezüglich der Rolle, die Indien spielt. Wir brauchen eher eine Intervention durch eine neutrale Stelle, eine Institution wie das Commonwealth Institute oder ein neutrales Land wie Kanada, Norwegen oder Australien. Zahlreiche Länder haben sich da in der Vergangenheit angeboten, aber die Regierung hat diese Angebote immer zurückgewiesen.

Wie steht es diesbezüglich mit der LTTE?

Es gibt große Zweifel, ob die LTTE jemals kompromißbereit sein wird. Die Frage, die man sich stellt, geht dahin, ob die LTTE in einem demokratischen Umfeld überlebensfähig ist. Ich würde die Frage etwas anders stellen: Ich denke, niemand kann nur mit Waffen und Kanonen über längere Zeit überleben. Sollte es einen erstgemeinten Versuch der Regierung geben, den Konflikt zu lösen, zum Beispiel über eine föderative Verfassung, die natürlich die Autonomie des tamilischen Volkes und ihr Recht auf Selbstverwaltung in ihren traditionellen Siedlungsgebieten festschreiben müßte, dann würde die tamilische Bevölkerung sich dafür aussprechen. Und es läge allein an der tamilischen Bevölkerung, in einer solchen Situation eine neue Position gegenüber der LTTE zu finden. Denn nur die tamilische Bevölkerung ist in der Lage, die LTTE von innen zu reformieren. Niemand anderes. Die LTTE könnte einem Druck, der von der Mehrheit der Bevölkerung ausgehen würde, nichts entgegenzusetzen. Aber bisher war die LTTE in der Lage, zu überleben, nicht so sehr wegen der eigenen Fähigkeiten, sondern wegen der ethnisch-motivierten Politik der verschiedenen Regierungen. Derzeit dürften nur wenige Tamilen damit einverstanden sein, wenn die LTTE marginalisiert würde, weil sie so-

zusagen das einzige Werkzeug in der Hand des tamilischen Volkes darstellt. Viele Tamilen fragen sich deshalb derzeit: Was ist die Garantie, daß wir die uns zustehenden Rechte gewährt bekommen, wenn die LTTE eliminiert ist.

Glauben Sie, die Regierung hätte bisher mehr tun können?

Schauen Sie sich doch nur an, was die Regierung tut, bzw. nicht tut. Ich will nur ein Beispiel geben: Nach der Machtübernahme hat die Präsidentin mit viel Getöse ein Ministerium geschaffen, das sich 'Ministry of National Integration and Ethnic Affairs' nennt. Was bedeutet einem Tamilen dieses Ministerium? Nichts. Überhaupt nichts. Die Regierung hat was geschaffen, ohne es mit Inhalten zu füllen. Man hätte so viel tun können. 1988 wurde - nach Jahrzehnten der Auseinandersetzungen - die tamilische Sprache zur offiziellen Staatssprache erhoben, aber nach wie vor kann kein Tamile zum Beispiel bei einer Polizeiwache in Colombo eine Anzeige in tamilisch erstatten. Alles wird in sinhalesisch protokolliert. Und Tamilen müssen dann etwas unterschreiben, was sie überhaupt nicht lesen können. Es gibt zwar einige tamilische Polizeibeamte. Die sind aber Verkehrspolizisten und auf niedrigem Niveau, weil selbst innerhalb der Polizei tamilischen Beamten mißtraut wird. Auf anderen Behörden sieht es nicht anders aus. Anstatt Milliarden für den Krieg auszugeben und zehntausende von Soldaten zu rekrutieren, hätte die Regierung ganz einfach 1.000 Übersetzer rekrutieren und diese zum Einsatz bringen können. Das wäre kein großes Problem gewesen, es gibt genügend Tamilen und Muslime, die zweisprachig sind. Nehmen wir noch die Anschaffung von eintausend tamilischen Schreibmaschinen hinzu die den verschiedenen Behörden, auch im ländlichen Raum, zur Verfügung gestellt würden und proklamieren, daß jeder Brief, der in tamilischer Sprache an eine Behörde geht, auch in dieser beantwortet werden müßte. Das hätte eine gewaltige Auswirkung gehabt, es hätte das Vertrauen bei der tamilischen Bevölkerung in die Regierung gefördert, die Menschen hätten gesehen, daß es der Regierung ernst damit ist, die Wünsche der tamilischen Bevölkerung in ihre Politik einzubeziehen. Dagegen wird der Staat weiter 'sinhalisiert', um die Dominanz der sinhalesisch-